



RATSFRAKTION WUPPERTAL
Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Schule und Bildung
Frau Renate Warnecke
und
Herrn Oberbürgermeister
Peter Jung
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal*

Es informiert Sie Frau van der Most
Herr Wierzba

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-6272
Fax (0202)
E-Mail van-der-most@fdp-wuppertal.de
twierzba@web.de

Datum 10.06.2011

Drucks. Nr. VO/0540/11
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
05.07.2011	Ausschuss für Schule und Bildung
13.07.2011	Hauptausschuss
18.07.2011	Rat der Stadt Wuppertal

Verzicht auf Schließung eines Gymnasiums zugunsten der Einrichtung einer sechsten Gesamtschule

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Ausschuss für Schule und Bildung und der Rat mögen beschließen:

„In Wuppertal wird kein Gymnasium in eine Gesamtschule umgewandelt.“

Begründung

Der Rat hat die Einrichtung einer sechsten Gesamtschule in Wuppertal beschlossen. Dieser Beschluss konnte bisher nicht umgesetzt werden, weil die zurückgehenden Schülerzahlen in Wuppertal die Neueinrichtung einer weiteren Schule nicht rechtfertigen. Deshalb kann die sechste Gesamtschule nur durch die Umwandlung einer bestehenden weiterführenden Schule eingerichtet werden. Die Bestandsgarantie für die Gymnasien und Realschulen läuft 2013 aus.

CDU und SPD haben die Einrichtung der sechsten Gesamtschule stets mit dem Elternwillen, den sie an den hohen Anmeldezahlen für die Gesamtschulen ablesen, begründet. Nehmen CDU und SPD diesen Elternwillen Ernst, dann darf kein Gymnasium in Wuppertal zugunsten einer Gesamtschule aufgegeben werden. Denn auch an den Wuppertaler Gymnasien sind die Anmeldezahlen hoch. Auch hier müssen, wie am CFG, Schüler abgewiesen werden.

Schaut man darüber hinaus auf die Anmeldungen und dabei vor allem auf die Überhänge der Anmeldungen an den Gesamtschulen, so stellt man fest, dass die an den Gesamtschulen abgewiesenen Schüler in großer Zahl an die Hauptschule oder an eine Realschule gehen: 235 Schüler/innen an eine Hauptschule, 213 Schüler/innen an eine Realschule und 10 Schüler/innen an ein Gymnasium (Stand 03.03.2011)
Die vergleichsweise geringe Zahl der an den Gesamtschulen angemeldeten Schüler, die auch ein Gymnasium besuchen können zeigt, dass der Elternwille hier nicht zugunsten der Gesamtschule geht. Die hohen Anmeldungen an den Gymnasien bestätigen die Akzeptanz dieser Schulform. Deshalb darf unter Berücksichtigung des Elternwillens kein Gymnasium zugunsten einer Gesamtschule aufgegeben werden. Denn auch das ist Elternwille.

Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt diese Position. So heißt es in den schulpolitischen Leitlinien "Jedem Kind gerecht werden" vom 12. März 2011: „Tendenzen, das Gymnasium auf `kaltem Wege` zur Gesamtschule zu machen und damit letztendlich seinen Niedergang herbeizuführen, werden entschieden abgelehnt.“

Mit freundlichen Grüßen

Jörn Suika
- Fraktionsvorsitzender -

Karin van der Most
- Mitglied im Ausschuss für
Schule und Bildung -